

Mit dem Kleinwohnungsbau in Hamburg

beschäftigt sich auf Grund des Antrages der Sozialdemokraten in der Bürgerschaft, den Senat um eine Vorlage zwecks staatsseitiger Förderung des Baues von Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung zu ersuchen, die „Grundeigentümer-Zeitung“, indem sie darauf verweist, daß ein „einseitiger“ Antrag der Bodentreformer im Reichstag von der Regierung mit der Begründung zurückgewiesen sei, daß es nicht Aufgabe des Reiches sei, Wohnungen zu bauen. Obwohl nun das Blatt selbst betont, daß die Sozialdemokratie gar nicht den Wohnungsbau durch den Staat, sondern nur staatsseitige Förderung der Kleinwohnungen verlangt, so polemisiert es doch im weiteren Verlaufe des Artikels fortgesetzt gegen den Staat als Hauswirt. Es führt aus, daß der Krieg gelehrt habe, daß es ein Irrtum sei, daß die Preise durch Verstaatlichung, durch Aushaltung des „wucherischen Zwischenhandels“ sinken würden; ebenso wenig wie das beim Getreide der Fall sei, würde es beim Wohnungspreis eintreten. „Wie unsere Bürokraten als Händler, so würden sie sich als Hauswirte bewähren. Ob der Bau und die Verwaltung von Häusern durch Staats- oder Genossenschaftsbeamte erfolgt, läuft auf dasselbe hinaus. Die Bau- und Konsumvereine, deren Leitung in den Händen von Angestellten liegt, verkaufen ihre Waren und vermieten ihre Wohnungen nicht billiger als der Grundeigentümer. Daß die durch private Bautätigkeit hergestellten Wohnungen ebenso gesund sind wie die Genossenschafts- und Staatswohnungen, dafür sorgen die Hamburger Wohnungsgesetze.“

Dazu ist zu bemerken, daß die Herren Baeplow und Genossen ihren Antrag noch gar nicht begründet haben und man daher auch nicht wissen kann, ob sie den „Staat als Hauswirt“ fordern werden; wiewohl dieses Verlangen ihren Grundgedanken entspricht, so haben sie doch voraussichtlich die Form ihres Antrages aus dem Grunde vorichtig gestaltet, weil sie so auf die größere Wahrscheinlichkeit seiner Annahme rechnen können. Außerdem gibt es ja auch noch andere Möglichkeiten der Förderung des Kleinwohnungsbaues. Die „Grundeigentümer-Zeitung“ nennt sie selbst: Diese Förderung kann geschehen durch den Erlass der Grundsteuer, wie es in Hamburg im Jahre 1902 geschehen ist, durch die Hergabe von unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Hypothekengeldern durch den Staat oder die staatlichen Versicherungsanstalten.“ Sehr schnell tut das Blatt aber diese Mittel mit den Worten ab: „Die beiden ersten Arten der Förderung kürzen die Staatseinnahmen, die insofern geringere Steuern zahlen müßten, als wenn sie ihre freien Gelder zu dem höchsten Zinsfuß belegen. Was der Staat Arbeitern und Angestellten mit der einen Hand geben würde, müßte er ihnen mit der anderen wieder nehmen.“ Das ist natürlich auch nur bedingt richtig, denn in dem ersten Fall hat der einzelne den Nutzen und die Allgemeinheit trägt die Lasten, und die Schultern der letzteren sind die stärkeren.

Aber, so wird man fragen, was ist denn der Zweck der ganzen Entgegnung auf den nicht einmal begründeten Antrag? Das Blatt sagt: „Zur Begründung ihres Antrages behaupten Baeplow und Genossen, daß voraussichtlich mit Beendigung des Krieges ein Mangel an kleinen Wohnungen entstehen werde. In ihrem Irrtum sind sie bestärkt worden durch den Architekten Groothoff und Dr. S. J. W., die die Feststellung des Hamburger Statistischen Amtes, daß es im Jahre 1915 in Hamburg 14 264 leerstehende Ein- bis Vier-Zimmer-Wohnungen gegeben hat, völlig übersehen (? Schriftl. des Hvg. Fremdenblatt.) und aus dem Stillliegen der Vautätigkeit Trugschlüsse gezogen haben, die von uns mehrfach widerlegt worden sind. Die in den nächsten Monaten erfolgende Veröffentlichung des Statistischen Amtes über das Hamburger Wohnungswesen wird ergeben, daß im Jahre 1916 die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen weiter gewachsen ist.“ Die Richtigkeit dieser Voraussage wollen wir abwarten. Aus dem ganzen Artikel klingt immer das ceterum censeo des Herrn N a m b a h hervor: „Ruhig abwarten, bis die Wohnungsnot wirklich da ist!“ Ist es an sich schon kein richtiger Grundsatz, zu warten, bis einem das Feuer auf die Nägel brennt, so ist es doppelt verkehrt, auf wirtschaftlichem Gebiet. Da droht denn das furchtbare „Zu spät!“ Und deshalb sind wir der Meinung, daß Herr Grothoff, Dr. S. J. W. wie Baeplow und Genossen vollkommen recht haben, wenn sie den Staat rechtzeitig auf die drohende Gefahr aufmerksam machen.